Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.80 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.80 Mark, monatlich 4.60 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie die Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamepetitzeile 2.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich geschrieben ist.

Nr. 36. Sonnabend, den 12. Februar 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung die **Ausdehnung der Entwaffnungsaktion auf Bayern und Ostpreußen** beschlossen.

•

Der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Direktor **Hans Krämer**, hat den **Vorsitz in dem Fünfzehnerausschuß zur Vorbereitung der deutschen Gegenvorschläge in der Reparationsfrage übernommen.**

•

Durch die antimilitärische Bewegung in verschiedenen Formationen der Marine sind in Südfrankreich Unruhen eingetreten. Es kam zu vereinzelten Meutereien von Streitkräften zur See. In Marseille und Toulon wurden eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen.

•

Wie aus Bukarest gemeldet wird, hat die rumänische Regierung an die Verbündeten eine Note gerichtet mit dem Ersuchen, die Rumänien zugesprochene Kriegsentschädigung auf eine halbe Milliarde zu erhöhen.

•

Die Londoner und Newyorker Blätter beschäftigen sich weiter lebhaft mit **alarmierenden Gerüchten von der Gefahr eines Krieges zwischen England und Nordamerika.**

Die Beratungen in der Wilhelmstraße.

Von unserem Berliner Mitarbeiter wird uns geschrieben: Die Beratungen der Sachverständigen über unsere Gegenvorschläge haben begonnen, und es kommt nun vor allen Dingen darauf an, die Grundlage unserer Gegenvorschläge festzustellen, sowie die Grundbedingungen, unter denen wir überhaupt zahlen können. Wie wir erfahren, ist von **Rathenau** und von den anderen Sachverständigen als leitender Gedanke bei diesen Beratungen mit Recht der in den Vordergrund gestellt worden, daß **allein unsere Produktionskraft** eine brauchbare Grundlage für unsere Leistungen abgibt. Wir können nur aus unseren **Ueberschüssen** zahlen. Wie aber steht es damit aus? Im Jahre 1913 hatten wir eine Gesamt-Handelseinfuhr von 12 Milliarden Mark, eine Ausfuhr von 11 Milliarden Mark. Unsere Handelsbilanz war also mit einer Million Mark passiv. Diese passive Handelsbilanz wurde aber ausgeglichen durch eine aktive Zahlungsbilanz, da wir noch andere Gegenwerte hatten als unsere Ausfuhr. Wir hatten Eigentum im Auslande; Deutschland arbeitete für das Ausland; unsere Schiffahrt brachte reiche Erträgnisse, zudem hatten wir in Deutschland fremde Devisen. Insgesamt zeigte unsere Zahlungsbilanz ein **Aktivum** von 0,5 Milliarden Goldmark. Wie steht es 1920? Die schätzungsweise Einfuhr beziffert sich auf 8 Milliarden, die Ausfuhr nur auf 5 Milliarden Goldmark. Unsere Handelsbilanz weist also ein Passiv-Saldo von 3 Milliarden Goldmark auf. Diese 3 Milliarden werden aber nicht ausgeglichen durch eine aktive Zahlungsbilanz, denn die Zahlungsbilanz ist nicht aktiv, sondern ebenfalls sehr stark passiv. Das deutsche Eigentum im Auslande ist liquidiert; wir haben keine Schiffe mehr und auch keine, aber nur sehr wenig fremde Devisen. Dazu kommt eine teilweise Ueberfremdung der werbenden Kapitalsanlagen im Innern. Nach vorsichtigem Berechnen beträgt das Passivum unserer Zahlungsbilanz 8 Milliarden Goldmark. Das bedeutet, daß wir eine Steigerung der Ausfuhr um 60 Prozent erfahren müßten, um dieses Passivum auszugleichen. Setzt man den Rohstoffwert der Einfuhr nur mit einem Viertel des Ausfuhrwertes in Rechnung, so müßten wir eine Steigerung unserer Ausfuhr auf 9 Milliarden Mark erzielen. Wollten wir also unsere Zahlungsbilanz nur ausgleichen, so müßten wir unsere **Gesamtausfuhr verdoppeln.** Dazu kommen aber dann noch die vorgesehenen 1/2 **Prozent Ausfuhrabgabe**, dazu kommen die **Annuitäten**, so daß wir eine Ausfuhr von 1:4 **Milliarden** aufweisen müßten, um dem Pariser Abkommen gerecht zu werden. Das ist aber eine Verdreifachung unseres gegenwärtigen Ausfuhrbetrages, und diese Zahlen, die bei den Beratungen in der Wilhelmstraße genannt worden sind, zeigen daher knapp und klar die Unmöglichkeit, die Pariser Verpflichtungen zu erfüllen.

Deutschland wartet auf das Nein!

Einigkeit in allen Volksschichten.

Dem Reichspräsidenten, der Reichsregierung und dem Auswärtigen Amt gehen fortgesetzt **aus allen Teilen des Reiches von den verschiedensten Kreisen** der Bevölkerung Kundgebungen zu den Pariser Beschlüssen zu. Diese Erklärungen, auf die im einzelnen zu antworten nicht möglich ist und die von den verschiedensten wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten aus die **Unmöglichkeit der Erfüllung** der Pariser Beschlüsse zum Ausdruck bringen, sind ein erfreuliches Zeichen dafür, daß das deutsche Volk in seiner ganz überwiegenden Mehrheit geschlossen den Standpunkt der Reichsregierung billigt, der in der Erklärung des Reichsministers des Aeußern vor dem Reichstag vom 1. d. M. festgelegt ist.

Keine Verbreiterung der Regierungsbasis.

Nachdem auch die **demokratischen Mitglieder des Reichskabinetts sich gegen eine Einbeziehung der Deutschnationalen in das Reichskabinett** ausgesprochen haben, kann der Plan einer Verbreiterung der Regierungsbasis als vorläufig **gescheitert** angesehen werden. Die noch fortlaufenden Besprechungen zwischen der Volkspartei und den Deutschnationalen betreffen lediglich Eventualitäten für den Fall einer weiteren Verschärfung der außenpolitischen Lage.

Kein Diktat, aber auch keine Verhandlungen?

Daily Telegraph gibt eine Erklärung Lord Curzons wieder, wonach die alliierten Beschlüsse in Paris kein Diktat, sondern **nur Richtlinien für die Londoner Konferenz** darstellen. Es würde aber mit den Deutschen in London nicht verhandelt werden. Auch England könne seine Forderungen nicht herabsetzen

Doumer über die Gegenvorschläge.

In der französischen Senatskommission gab **Doumer** der Hoffnung Ausdruck, daß die Deutschen in London die **Pariser Beschlüsse** ohne neue Einwände **annehmen** würden. Doumer bezeichnete es für Frankreich als unmöglich, in London über die deutschen Gegenvorschläge zu debattieren, wenn ihre Gesamthöhe wesentlich hinter 240 Milliarden Goldmark zurückbliebe.

Der Verband und die Entwaffnungsfrage.

Havas meldet: Der deutschen Regierung ist am 9. d. M. eine Mitteilung zugegangen, wonach die Alliierten **ablehnen**, in London **über die Entwaffnungsfrage mit Deutschland nochmals zu verhandeln.** Die Beratungen in London müßten sich ausschließlich **auf die Wiedererstattungsfrage** beschränken. Die Verzögerung der Entwaffnung über die gewährten letzten Fristen hinaus würde zu den bereits beschlossenen Maßnahmen gegen Deutschland führen.

•

Bayerns Note noch nicht abgesandt.

Wie das Leipz. Tgbl. von zuverlässiger Seite erfahren will, ist die Note der bayrischen Regierung an die Reichsregierung nach Berlin entgegen allen anderslautenden Nachrichten **noch nicht abgesandt** worden. Von dem Inhalt der Note wurde bisher lediglich dem bayrischen Gesandten in Berlin Kenntnis gegeben. Die Absendung sollte erst gestern abend erfolgen. Die Note wird also frühestens am Sonnabend vormittag in Berlin eintreffen und dann erst der Reichsregierung übergeben werden können. Eine Veröffentlichung komme erst in Frage, wenn die Reichsregierung der Veröffentlichung zustimmt und sie gleichzeitig für Berlin vornimmt, falls die Note nicht geheim gehalten wird.

Lärmszenen im bayrischen Landtag.

In der gestrigen Vormittagssitzung des bayrischen Landtages kam es zu **stürmischen Lärmszenen**, weil ein Regierungsvertreter zu der bekannten Interpellation der Unabhängigen über die Haltung des Ministerpräsidenten v. **Kahr** in der Berliner Ministerkonferenz erklärte, daß der Ministerpräsident infolge anderweitiger dringender Dienstgeschäfte am Erscheinen im Landtage verhindert sei und daß er wegen der Vertraulichkeit der Berliner Ministerbesprechung dem Landtage keinen Aufschluß geben könnte. Diese Erklärung rief bei den Sozialdemokraten und den Unabhängigen ungeheure Erregung hervor, die sich in heftigen Zwischenrufen und andauernder großer Unruhe bemerkbar machte. Die Redner der Linken bezeichneten die Regierungserklärung als einen unerhörten Vorgang und als eine Provokation eines erheblichen Teiles des Landtages. Sie forderten die sofortige Unterbrechung der Sitzung, um zu dieser Sachlage Stellung nehmen zu können. Es wurde schließlich auf Vorschlag des Präsidenten die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Ministerpräsident Kahr erkrankt.

Der bayrische Ministerpräsident v. Kahr ist an einer **schweren Grippe erkrankt** und ans Bett gefesselt. Er kann daher seine Dienstgeschäfte vorläufig nicht wahrnehmen.

Der polnische Aufmarsch an unserer Grenze.

Die feindliche Absicht offenbar!

Nach den Vorstellungen, welche die deutsche Regierung in London, Paris, Rom und Warschau wegen der **starken polnischen Truppenansammlungen an der Ostgrenze des Reiches** erhoben hatte, ist die Tatsache dieser Truppenansammlungen von polnischer und französischer Seite bestritten oder auf Demobilisationsmaßnahmen zurückgeführt worden. Von zuständiger Seite wird hierzu mitgeteilt, daß der deutschen Regierung nunmehr eingehende, sorgfältig geprüfte Nachrichten über die Höhe der Truppenstärken im westlichen polnischen Grenzgebiet vorliegen. Das Gesamtaufgebot der an der deutsch-polnischen Grenze versammelten Truppen beträgt über 212 000 Mann. An der litauischen Front befinden sich zurzeit nur 70 000 Mann und an der russischen Front nur 126 000 Mann. Daraus folgt, daß **mehr als die Hälfte der gesamten Formationen** gegenwärtig nicht an der Nordost- und Ostgrenze Polens, sondern an der **Grenze des mit Polen im Frieden befindlichen deutschen Reiches** steht. Die Erklärungen des polnischen Ministers des Aeußern, daß die Truppenverlegungen nur dem Ziele der Demobilisation dienten, lassen sich mit den Tatsachen nicht vereinbaren, daß bisher nur die ältesten Jahrgänge und die Studierenden entlassen worden sind. Die übrigen Jahrgänge sind teilweise mit Ausrüstung und Bewaffnung fristlos beurlaubt worden. Neueinziehungen dieser beurlaubten Mannschaften sind wiederholt gemeldet worden. Die gesetzliche Frontdienstpflicht beträgt zurzeit in Polen nur 2 Jahre. Statt dessen werden aber jetzt mindestens 5 Jahrgänge unter den Waffen gelassen, die genügen, um die Armee auf Kriegsstärke zu erhalten. Weiter sind einige bisher noch nicht unter den Waffen stehende Offiziersjahresklassen **neu einberufen** worden. Eine Auflösung der Truppen der zweiten Linie hat bisher noch nicht stattgefunden. Auch sind nur kriegsunbrauchbare Pferde und Fahrzeuge verkauft, kriegsbrauchbare dafür **neu eingestellt** worden. In einer ganzen Reihe von Fällen ist festgestellt worden, daß Regimenter, die sich zurzeit in den westlichen Grenzgebieten Polens befinden, auf voller Kriegsstärke belassen worden sind, und daß sogar ihre Ersatzformationen in voller Stärke weiterbestehen. Endlich befindet sich ein Teil der im deutsch-polnischen Grenzgebiet stehenden Formationen tatsächlich **nicht in festen Heimatgarnisonen.** Daraus ergibt sich, daß von einer Demobilisation des polnischen Heeres bisher nicht die Rede sein kann. Die deutsche Regierung hat sich daher veranlaßt gesehen, wegen der vorstehend geschilderten Tatsachen erneut bei den eingangs erwähnten Regierungen vorstellig zu werden.

Eine deutsche Note an Polen.

Die deutsche Regierung hat am 10. Februar eine Note an Polen abgehen lassen, deren **Inhalt vorläufig geheim** gehalten, aber als politisch wichtig bezeichnet wird.

Die Preisgabe unserer Ostgrenze.

Der preußische Minister des Innern hat in Verfolg der Entschließungen des Reichskabinetts auf die Entwaffnungsnote der Entente am Freitag den Befehl für die **Auflösung der Einwohnerwehren und Grenzschutzverbände in Ostpreußen** gegeben.

Siedelungsarbeit.

W. W. Das Wort **Wiederaufbau** unseres **Wirtschaftslebens** ist heute ein Schlagwort, das von vielen im Munde geführt, aber leider nur von wenigen in die Tat umgesetzt wird. Von den vielen Mitteln, die empfohlen worden sind, wird eines als wirksam anerkannt werden müssen: die **Arbeit.** Sehen wir näher zu, wie es damit steht, so erschrecken wir: die Zahl derer, die arbeiten können, aber dazu keine Gelegenheit haben oder finden, ist ungeheuer groß. Wie kommt das? Hervorgerufen wurde diese Unmöglichkeit durch den Krieg und seine Folgen. Die **Industrie** ist zum Teil ganz lahm gelegt, oder doch erheblich eingeschränkt, sodaß viele der früher hier Beschäftigten heute ihr Brot nicht mehr dabei verdienen können. Auch in anderen Erwerbszweigen mußte die Zahl der Arbeiter, (und zwar Geistes- und Handarbeiter) erheblich vermindert werden. Leider will aber ein erheblicher Teil der von Erwerbslosigkeit Betroffenen überhaupt nicht arbeiten. Daß unter diesen Umständen für unser Volk ein Emporkommen aus dem wirtschaftlichen Sumpf, in dem wir zur Zeit bis über die Ohren stecken, ein Unding ist, wird jedem Vernünftigen einleuchten. Wir müssen unser Volk wieder zur Arbeitsfreudigkeit erziehen, wobei wir vor Anwendung von Druckmitteln nicht zurückschrecken dürfen. Und Arbeitsmöglichkeit ist vorhanden: Abgesehen davon, daß in manchen Berufsarten noch Nachfrage nach Arbeitskräften herrscht, so zeigt sich noch eine Möglichkeit, **alle** Arbeitslosen für das Gemeinwohl nutzbringend zu beschäftigen, wenn wir uns die großen unkultivierten Flächen im Deutschen Reich ansehen. Werden die jetzt untätigen Kräfte hier angesetzt, so erkennen wir bald die hieraus entspringenden Vorteile:

1. Verminderung der Zahl der Arbeitslosen.
2. Erziehung des Volkes zur Arbeit und damit Hebung der Sittlichkeit.
3. Erschließung bisher nutzlos daliegender Flächen für die Volksernährung.
4. Entlastung der Städte in Bezug auf Wohnungen — d. h. Gesundung des Stadtlebens.
5. Möglichkeit der Ansiedelung eines großen Teiles dieser Kräfte und damit Erziehung des Volkes zu gesundem und zufriedenem Leben.

Man wendet hiergegen ein:

a.) Es ist nicht jeder geeignet für die Arbeiten, wie sie hier verlangt werden,
b.) es hat nicht jeder Lust zu diesen Arbeiten,
c.) viele wollen überhaupt nicht arbeiten,

Die Einwendungen sind aus folgenden Gründen nicht stichhaltig: